

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 41 (1947)
Heft: 3

Artikel: Weltrundschau : Frieden oder Krieg? ; Ein gefährlicher Schritt ;
"Niedergang" Englands ; Aufstieg Amerikas ; Deutschland zwischen Ost
und West ; Zur Haltung Russlands

Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-138953>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gerechtfertigt ist und, weltlich gesprochen, die Vernunft und die politische Logik für sich hat — zum Segen der anderen genau so wie zu dem der Juden. Das ist meine, oder wenn man will, *der* Zionisten unerfütterliche Ueberzeugung, welche, Gott sei es gedankt, auch von vielen nicht-jüdischen Pro-Zionisten ohne Einschränkung geteilt wird¹⁾ wie, um ein einziges Beispiel zu geben, von einem katholischen Ordensbruder, also einem streng christlich lebenden Mann, der mir am 29. August v. J. schrieb: „Ich bin vollkommen überzeugt, daß der Zionismus die einzig richtige Lösung der Judenfrage ist, und ich werde mich dafür einsetzen, wo ich kann.“ *Norbert Weldler.*

Weltrundschau

Frieden oder Krieg? Nun sind die Außenminister der vier alliierten Hauptmächte mit ihrem Tross von Beratern, Hilfskräften und Presseleuten schon mehr als eine Woche lang in

Moskau versammelt, um zunächst über Deutschlands und Oesterreichs Zukunft, sodann aber auch über die anderen brennenden Weltfragen womöglich zu greifbaren Beschlüssen zu kommen. Aber noch ist keinerlei klarer, positiver Leitgedanke, kein großzügiger, aufbauender Gesamtplan für die Lösung dieser in sich zusammenhängenden Probleme in den meist unerquicklichen Debatten aufgetaucht, die bisher zwischen den „großen Vier“ gepflogen wurden, und wenn auch im Laufe der Wochen ziemlich sicher wieder irgendeiner der ebenso beliebten wie trügerischen Kompromisse zwischen widerstreitenden Auffassungen und Interessen zurechtgezimmert werden wird, so wird das nur um so stärker den Eindruck befestigen, daß es sich auch in *Moskau* weniger um eine *Friedenskonferenz* als um eine *Vorkriegskonferenz* handle, die allerseits von dem Gedanken beherrscht sei, daß es früher oder später ja doch zu einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen Ost- und Westblock kommen müsse, und daß es darum für jede Macht vor allem gelte, die besten Bedingungen für den *Sieg* in dem „unausweichlichen“ dritten Weltkrieg zu schaffen.

Alle guten Geister müssen zusammenwirken, um diesen fürchterlichen, selbstmörderischen Aberglauben zu brechen und Wege zu zeigen, auf denen sich die Völker vor einer neuen Katastrophe retten können. Solche Wege *gibt* es, auch wenn sie nicht von heute auf morgen zum Ziel führen, und wenn es insbesondere auch nur sehr allmählich gelingen wird, die tiefliegenden Gegensätze zu überwinden, die jetzt die westliche Welt von der östlichen trennen. *Einer* von diesen Wegen besteht darin, daß die reichen und durch den Krieg noch reicher gewordenen Länder den armen und namentlich den durch den Kampf

¹⁾ Siehe den Abschnitt „Die Stellung der Nichtjuden“ (Schweizer Pro-Zionisten usw.) in meiner Schrift S. 79 ff.

gegen Hitler noch viel ärmer gewordenen Ländern im Rahmen der Vereinten Nationen durchgreifend *helfen*. Das heißt praktisch vor allem, daß die nordamerikanische Union, die sich rühmt, die Hälfte des ganzen Weltreichtums und sämtlicher Produktionskräfte der Erde zu besitzen, den überwiegend landwirtschaftlichen, maschinen- und ausrüstungshungrigen Staaten des europäischen Ostens weitherzig, ohne Ansehen des Regimes, Wiederaufbau- und Entwicklungskredite gewährt und gleichzeitig zusammen mit allen anderen „zivilisierten“ Nationen die wirtschaftlich zurückgebliebenen Völker Asiens und Afrikas aus ihrer oft grauenhaften Armut heraushöbe und zu Wohlstand und sozialer Sicherheit emporführte. Solch tätige Anerkennung der internationalen Verbundenheit würde nicht allein der Sache des Völkerfriedens unermessliche Dienste leisten; sie wäre für Amerika auch ein glänzendes Geschäft und könnte wesentlich dazu beitragen, die ihm drohende Wirtschaftskrise wenn nicht zu verhindern, so doch abzuschwächen.

Die Vereinigten Staaten begreifen denn auch immer klarer, wie unauflöslich eng sie bereits mit der übrigen Menschheit zusammengewachsen sind, und reden schon seit Jahr und Tag von der „one world“, von der einen und unteilbaren Welt, mit deren Schicksal auch das ihrige endgültig und unentwirrbar verflochten sei. Aber sie verleugnen diese Schicksalsgemeinschaft sofort wieder, indem sie, auf dem Boden des kapitalistisch-imperialistischen Machtkampfes stehend, die Welt in zwei feindliche Lager gespalten sehen (so wie das ähnlich, von ihrem dogmatischen Marxismus aus, auch die Sowjetunion tut, freilich durch eine dreißigjährige Erfahrung in ihrem Glauben an die Feindseligkeit der kapitalistischen Welt sehr gestärkt) und ihre Solidarität nur denjenigen Völkern bekunden, die zur gleichen politisch-sozialen Gruppe gehören wie sie selber oder doch für sie gewonnen werden sollen. Das zeigte sich schon bei der letztjährigen Kredithilfe an das „rote“ England, die schließlich in der amerikanischen Bundesversammlung nur durchging, weil man in England einen möglichen Verbündeten gegen Rußland sah. Das ist mehr und mehr der Leitgedanke der amerikanischen Lebensmittelhilfe an die europäischen und vorderasiatischen Völker geworden, und das ist insbesondere auch der Sinn der *Finanzhilfe für Griechenland und die Türkei*, zu der sich die Vereinigten Staaten jetzt entschlossen haben.

Ein gefährlicher Schritt Präsident Truman hat diese Maßnahme, die so gewaltiges Aufsehen in der Welt erregt hat, vor allem damit begründet, daß es nötig sei, „freien Völkern zu helfen, ihre freiheitlichen Einrichtungen zu bewahren“, und sie vor dem Zugriff eines alles selbständige Leben erwürgenden Despotismus zu retten. So etwas kann man ja einem naiven Galeriepublikum erzählen, das nicht weiß, daß Griechenland — ich erinnere

an den in der Februar-Rundschau angeführten Aufsatz von Harold Nicholson — ein reaktionär-monarchistischer Staat ist, dessen Regierung sich nur gestützt auf britische Bajonette halten kann, und dessen Parlament dem wirklichen Volkswillen nicht besser entspricht als das polnische oder bulgarische Parlament, einem Publikum, das auch gerne darüber hinwegsieht, daß die Türkei auch bei nachsichtigster Beurteilung kaum anders denn als totalitäre Diktatur von ausgeprägt konservativem Charakter bezeichnet werden kann, mit 80 Prozent Analphabeten und einem Militär- und Polizeiparapparat, der 65 Prozent des Volkseinkommens verschlingt (vgl. John Kimche in der Januar-Nummer der „Roten Revue“). Die Wahrheit ist, daß die Vereinigten Staaten die Diktatur nur dort bekämpfen, wo sie *revolutionären* Zielen dient, während sie dieselbe überall, von Argentinien und Spanien über die polnische und bulgarische Opposition hin nach Persien und bis zum China Tschiang Kai-Scheks, planmäßig unterstützt, sobald sie *gegenrevolutionär-faschistischen* Charakter trägt und sich gegen die Sowjetunion gebrauchen läßt. Kein Ehrlicher läßt sich deshalb über die Tatsache hinwegtäuschen, daß es in erster und letzter Linie kapitalistisch-imperialistische Macht- und Besitzinteressen sind, die Amerika zu seinem Engagement in Griechenland und der Türkei veranlaßt haben; die Vereinigten Staaten haben sich eben wirtschaftlich und militärisch im Mittelmeerraum und im Vorderen Orient schon so tief in das Spiel um Geld und Einfluß, um Rohstoffquellen und Absatzmärkte, Verkehrswege und Stützpunkte eingelassen, daß sie mit innerer Gesetzmäßigkeit von einem Schritt zum anderen getrieben werden und ihrer Entschlüsse immer weniger Herr sind.

Und das ist nun eben das Beunruhigende: Mit einem Eingreifen in Griechenland und der Türkei hat Amerika vielleicht tatsächlich den Rubikon überschritten, der es bisher noch von einer offenen *Kriegspolitik* getrennt hatte. Noch zögert es, dort mit eigener Militärmacht aufzutreten und sorgt nur dafür, daß die von ihm zu gewährenden Kredite — bei Griechenland bis zur Hälfte — auch für die militärische Aufrüstung seiner neuen Vasallenstaaten verwendet werden; aber wie lange wird es gehen, bis es nach seiner „Demonstrationsflotte“ auch eigene *Armeen* ins Mittelmeer schickt, um die „freien Völker“ gegen Rußland zu verteidigen? Denn das ist ja jedem Kinde klar: die neue amerikanische Gebärde zielt auf *Rußland*. Die offeneren unter den amerikanischen Politikern reden auch schon ganz unverholen von der „Kraftprobe“ mit der Sowjetunion, zu der sich jetzt die Vereinigten Staaten anschickten, und man braucht bloß die Äußerungen der bürgerlich-kapitalistischen, der katholisch-konservativen oder gar der eigentlich faschistischen Presse zu lesen, um über den Sinn des jüngsten amerikanischen Vorstoßes vollends im Bilde zu sein¹⁾.

¹⁾ United Press meldet aus Madrid: „Die spanische Presse hat die Truman-Botschaft über Griechenland und die Türkei mit *jubelnden Schlagzeilen* groß auf-

Was für Ueberlegungen die amerikanische Politik dazu bestimmt haben, diesen Vorstoß gerade jetzt zu machen, und dazu noch in einer so herausfordernden Form, das ist eine Frage für sich; von einer verstärkten „russischen Gefahr“ im Mittelmeerraum ist nichts zu bemerken, und auch für den Fortgang der Konferenzverhandlungen in Moskau kann man sich von den Washingtoner Fanfarenstößen nicht viel Gutes versprechen. Man muß fast annehmen, daß es das Gefühl seiner ungeheuren, konkurrenzlosen Wirtschafts- und Militärmacht ist, das Amerika verführt, derart hemmungslos aufzutumpfen. Man ist ja sozusagen unangreifbar; man hat namentlich das *Atombomben-Monopol* und kann sich auch die Aufwendung geradezu phantastischer Mittel für die Entwicklung weiterer Massenvernichtungswaffen leisten, gab doch die Regierung der Vereinigten Staaten im vergangenen Jahr für wissenschaftlich-technische Forschungen nahezu 1000 Millionen Dollar aus, davon fast 90 Prozent für militärische Zwecke, gegen kaum 50 Millionen vor dem Krieg.

Aber wäre das nicht eine erschreckende Geistesverfassung? Wäre es nicht das, was die Alten *Hybris* nannten, frevelhafte, gottlose Vermessenheit? Henry Wallace wird in der Tat nicht müde, in seiner „New Republic“ vor der fortschreitenden Militarisierung und Prostitutionierung der amerikanischen Wissenschaft und Technik zu warnen. „Wenn wir“, so schrieb er letzthin „die gegenwärtige Lage fortdauern lassen, dann werden wir schließlich in den Vereinigten Staaten einen halb-militärischen Polizeistaat haben. Niemand wird das so beabsichtigt haben, aber die Kräfte die jetzt in Bewegung gesetzt sind, werden unvermeidlich dazu führen, wenn nicht das Volk durch seine gewählten Vertreter seine Stimme erhebt.“ Und was das Atombomben-Monopol betrifft, so meint Wallace, daß es die längste Zeit bestanden habe. Kanada erzeuge bereits Plutonium und könne dann auch (was es freilich vorerst nicht wolle) Atombomben herstellen; in Frankreich sei man der Atomzertrümmerung auch schon recht nahe (Professor Joliot-Curie behauptet in der „United Nations World“ sogar, Frankreich besitze das Geheimnis der Atombombe schon) — kurz, es sei „vollkommen klar, daß inert kurzem jedes Land, das spaltbare Stoffe erzeugen kann, auch entsprechende Bomben machen kann.“ Und dann? Werden dann die Völker zu Abrüstung und Frieden nicht einfach *gezwungen* sein? Oder erliegt dann eine der rivalisierenden, sich vor einander fürchtenden Weltmächte nicht erst recht der Versuchung zum *Präventivkrieg*?

gemacht. Die spanische These sei es gewesen, daß bisher Spanien das einzige Bollwerk gegen den Kommunismus in Europa darstelle. Informierte Stellen sagen, man sei in Regierungskreisen äußerst befriedigt, daß nun auch die Vereinigten Staaten Francos Stellungnahme gegen den Kommunismus teilen.“ — „Nun auch“ ist ungenau; sie tun es schon lang.

«Niedergang» Englands Es ist unter diesen Umständen fast ein Glück zu nennen, daß wenigstens *Großbritannien* aus dem internationalen Machtkampf mehr und mehr ausscheidet. Die Aufrechterhaltung seiner alten, glorreichen Weltreichstellung geht allmählich einfach *über* seine Kraft. England hat mit seinen inneren Problemen gerade genug zu tun; denn wenn auch die akute Kohlen- und Elektrizitätskrise dank den drakonischen Regierungsmaßnahmen und der Brechung der Herrschaft des Winters als überwunden gelten darf, so bleiben der ungelösten Wirtschaftsfragen doch so viele und so lebensgefährlich schwere, daß die Labourregierung ihre Kraft vor allem den *inneren* Aufgaben widmen und außenpolitische Passivposten nach Möglichkeit abstoßen muß.

Zu einem solchen Passivposten ist vor allem *Indien* geworden, das nicht bloß aus Mangel an Machtmitteln, sondern auch infolge des immer rascheren Uebergangs der Wirtschaftskräfte dieses gewaltigen Halbkontinents an die aufsteigende indische Kapitalistenklasse nicht mehr lange zu halten gewesen wäre, auch wenn nicht grundsätzliche Erwägungen eine demokratisch-sozialistische Regierung hätten veranlassen müssen, Indien freizugeben. Der in die Berichtszeit fallende Beschluß der britischen Regierung, Indien bis spätestens Juni 1948 zu räumen, stellt trotzdem ein weltgeschichtliches Ereignis erster Ordnung dar. Ob der englische Rückzug auch den unmittelbaren Zweck erfüllt, dem er dienen soll, nämlich für Hindus und Mohammedaner einen Zwang zur Einigung zu schaffen, bleibe dahingestellt; die *mittelbaren* Wirkungen der Räumung Indiens können angesichts der ungeheuren Bedeutung, welche die Beherrschung und Ausbeutung dieses Landes für das ganze britische Volksleben hatte, gewiß schwerlich überschätzt werden.

Dazu kommt nun die voraussichtliche Loslösung auch *Burmas* vom Britischen Reich, kommt der auch durch verschärften Militärterror kaum mehr zu verschleiernde Zusammenbruch der englischen Stellung in *Palästina* (die freilich durch die Preisgabe Indiens an Bedeutung sehr verloren hat), der so gut wie abgeschlossene Rückzug Englands aus *Aegypten* und nun also die Anrufung amerikanischer Hilfe für die Behauptung der angelsächsischen Machtstellung in *Griechenland* und *Kleinasien* — kurz, das noch vor weniger als einem Jahrzehnt so stolze britische Weltreich scheint in vollem Zerfall begriffen. Kanada, Australien und Neuseeland, die drei großen Dominionen, entwickeln sich ja schon mindestens seit dem ersten Weltkrieg immer weiter vom Mutterland weg und geraten mehr und mehr in die amerikanische Anziehungszone hinein; am ehesten ist noch — o Ironie! — das halbafrikanische Südafrika mit England verbunden, dessen Königs-paar gerade jetzt zu Besuch in der ehemaligen Kapkolonie weilt.

So lebhaft wir die Umwandlung des britischen Empire in einen Commonwealth, eine auf Freiwilligkeit beruhende Völkergemein-

schaft, und den Rückzug Englands aus dem imperialistischen Konkurrenzkampf begrüßen würden — *diese* Entwicklung, diese Auflösung des Britischen Reiches in seine Bestandteile bedauern wir tief und nehmen sie auch noch nicht als endgültig an. Sie hat freilich zunächst auch das Gute, daß sich England, außer an Amerika, weit stärker an das kontinentale Europa anlehnt als jemals früher in seiner Geschichte, neuerdings besonders durch den Abschluß eines 50jährigen Militär- und Wirtschaftsbündnisses mit *Frankreich*, dem ähnliche Vereinbarungen mit anderen Festlandstaaten folgen sollen; mit der Politik eiferfüchtiger Unabhängigkeit, die England gestattete, in „glänzender Isolierung“ jeweils das Gewicht seiner Kraft in die Waagschale derjenigen Mächtegruppe zu werfen, die gegen eine Beherrschung Europas durch einen einzelnen Militärstaat kämpfte, mit dieser fälschlicherweise „Gleichgewichtspolitik“ genannten Haltung ist es jedenfalls ein für allemal vorbei. Ob England als Ersatz für seine verlorene Weltmacht mehr und mehr die Vormacht des *freiheitlichen Sozialismus* werden wird, das ist allerdings noch nicht entschieden; es hängt ganz von den moralischen Reserven ab, die es in seinem gegenwärtigen, heroischen Ringen aufzubieten hat. Sollten diese Kräfte — denen wir immer noch das Höchste zutrauen — für die Schwere der Aufgabe wirklich nicht mehr ausreichen, dann wird eben das gleiche eintreten, was in solchem Fall auch allen anderen, mehr oder weniger demokratisch regierten Ländern droht: es wird zu einer von *autoritären* Mächten getragenen Umwälzung der bisherigen Ordnungen kommen, sei diese nun faschistischer oder kommunistischer Art.

Aufstieg Amerikas Während Englands Stern — dem äußeren Scheine nach wenigstens — verbleicht und niedergeht, steigt derjenige Amerikas um so steiler und glänzender empor. Die Vereinigten Staaten sind aus dem zweiten Weltkrieg als erste, reichste und stärkste Macht der Erde hervorgegangen. Und ihrer Alleingeltung steht nur noch *ein* ernstes Hindernis im Wege: die Sowjetunion. In jugendlichem Kraftbewußtsein dehnt Amerika seine wirtschaftliche, militärische und politische Macht auf immer weitere Länder aus. In der Deutschlandpolitik der Westalliierten ist es unzweifelhaft führend, mit dem Ziele, Deutschlands Industrieorganisation zum Kernstück eines kapitalistischen Westblocks mit Front gegen Rußland zu machen (um die Worte zu gebrauchen, mit denen der demokratische Senator Pepper im amerikanischen „Oberhaus“ die so verhängnisvoll einflußreiche Politik der Herren Dulles, Vandenberg und Dewey gekennzeichnet hat). Italien ist fest in Amerikas Hand; Griechenland wird es bald auch sein. Francos Herrschaft über Spanien wäre ohne amerikanische Unterstützung längst unmöglich, so wie auch Oberst Perón in Argentinien wohl überhaupt nicht aufgekommen wäre, fähen die konservativen Kräfte in den Vereinigten Staaten sei-

nen Sozialfaschismus nicht als „eine Art Bollwerk gegen die weitere Ausbreitung des Kommunismus“ an (Feststellung der „Neuen Zürcher Zeitung“). Amerikas Einfluß ist es, der auch im Nahen und Mittleren Osten mehr und mehr vorherrschend wird, der Ost- und Südostasiens unendliche Räume planmäßig durchdringt und aus dem Pazifik tatsächlich ein Binnenmeer der Vereinigten Staaten gemacht hat.

Daß Amerika, trotz Marshalls „Nichtinterventions“-Erklärung, *China* keineswegs sich selbst zu überlassen gedenkt, zeigt neuerdings die der amerikanischen Presse zu entnehmende Tatsache, daß die Vereinigten Staaten ihre Militärmiffion in Nanking, welche die Kuomintangtruppen zum Kriege gegen die Kommunisten trainiert, unverändert aufrechterhalten, und daß auch die USA.-Marineschule in Tsingtao, in der Tschiang Kai-Sheks Seekadetten ihre Ausbildung bekommen, sowie der amerikanische Flottenstützpunkt in Tsingtao nach wie vor in Betrieb bleiben. Welche Macht aber General MacArthur über *Japan* ausübt, wurde jüngst wieder klar, als auf seinen Befehl ein Streik unterbleiben mußte, der unter Führung der Sozialistischen Partei, der Gewerkschaften und der Kommunisten sechs Millionen Arbeiter zum Kampf gegen Hungerlöhne und Inflation mobilisieren wollte. „Capitalism first“, „die Geldinteressen über alles“ — das ist auch in Japan und China, genau wie in Argentinien und Deutschland, das Leitmotiv derjenigen Kräfte, die jetzt Amerika beherrschen. Und es ist nur durch sowjetfeindliche Voreingenommenheit zu erklären, wenn die bürgerliche Welt diese amerikanische Durchdringungs- und Ausdehnungspolitik mit einem ganz anderen Maßstabe mißt als die *russische* Machtpolitik, eine Erscheinung, auf die neuerdings Professor Laske wieder sehr nachdrücklich aufmerksam macht, wenn er — bei aller Kritik an der Sowjetunion — in einem Aufsatze der „Roten Revue“ bemerkt:

„Amerikanische Ansprüche auf Stützpunkte im Pazifischen Ozean und auf Grönland werden als selbstverständlich angenommen, russische Forderungen auf einen Stützpunkt in Spitzbergen und freie Einfahrt ins Mittelmeer erregen schwersten Verdacht; amerikanische Durchdringung des Mittleren Ostens, im Bestreben, sich Oelquellen zu sichern, rufen weder Panik noch Bestürzung hervor; das entsprechende russische Interesse am Petroleum des Mittleren Ostens wird für eine Bedrohung der Selbständigkeit aller Völker dieses Raumes ausgegeben. Wenn Großbritannien oder die Vereinigten Staaten den Paschas des Mittleren Ostens Subsidien spenden und sie damit in die Lage versetzen, ihre zweifelhaften und veralteten Regierungsmethoden aufrechtzuerhalten, so hören wir keine Klagen darüber; wenn Rußland in einer persischen Provinz eine reformwillige Partei unterstützt, so gilt das als Vorbereitung eines unentschuldbaren Angriffs, obgleich jedermann weiß, daß Persien in jedem Teil seines nationalen Lebens reformbedürftig ist. Rußlands Begünstigung des Tito-Regimes in Jugoslawien wird mit Entrüstung zur Kenntnis genommen; ebenso Rußlands herzliche Beziehung zur Tschechoslowakei, die dieses Land schon eine vorgesehene amerikanische Anleihe gekostet hat. Aber niemand nimmt Anstoß an der mächtigen Hilfe, die die Vereinigten Staaten dem Generalissimus Tschiang Kai-Shek zukommen lassen, obzwar der reaktionäre Charakter seines Regimes durch General Marshall selbst bloßgelegt worden ist, noch hat irgend jemand gefordert, daß Englands Unterstützung der faschistischen Diktatur Salazars

in Portugal, die eine der Hauptstützen der Macht dieses Diktators ist, oder die vollständige Beherrschung des besetzten Japans durch die Vereinigten Staaten, die die russischen und australischen Einwände gegen viele ihrer politischen Maßnahmen nicht berücksichtigen, näher untersucht werden, um die Wurzel des Faschismus in der ganzen Welt auszureißen.“ Dem sei hinzugefügt, daß das Bestreben der Sowjetunion, an seinen Grenzen Staaten zu haben, von denen es keine feindseligen Umtriebe zu befürchten hat, gerade auch von der nordamerikanischen Union verstanden werden sollte, ist doch ihre eigene Politik, insbesondere gegenüber den mittelamerikanischen Staaten, schon längst von der gleichen Absicht inspiriert. Und ob die Vereinigten Staaten in diesem Sicherheitstreben sympathischere, weniger „imperialistische“ Methoden angewandt haben und immer noch anwenden, als sie solche der Sowjetunion vorwerfen, daran sind alle Zweifel erlaubt.

Soviel über Amerikas Außenpolitik. In den *inneren* Kämpfen der Vereinigten Staaten herrscht zur Zeit mehr oder weniger Waffenruhe; Stahlarbeiterverband und Stahltrüft haben ein Stillhalteabkommen mit Dauer bis 30. April getroffen, und andere Industrien sind diesem Beispiel gefolgt, so wie auch der Bergarbeiterverband vom Bundesgericht eine Herabsetzung der riesigen, ihm wegen Ungehorsam auferlegten Buße auf den vierten Teil des ursprünglichen Betrages erlangt hat. Was *nach* dem 30. April geschehen wird, bleibt abzuwarten; der Eindruck überwiegt, daß die beiden Gegner nur einmal die gegenseitigen Stellungen abtasten wollen, um dann mit neuer Wucht loszuschlagen. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit strebt sowohl auf der gewerkschaftlichen Front — wegen des Auseinanderklaffens von Löhnen und Preisen — als auch im politisch-parlamentarischen Sektor — wo es sich um die Revision des neuen Arbeitsrechtes handelt — neuen Höhepunkten zu und die neue kommunistenfeindliche Welle, die jetzt von der Außenpolitik her über Amerika hingeht, mag mithelfen, die sozial-reaktionären Pläne des Big Business wenigstens vorläufig durchzudrücken.

Auf die politische Lage in den Vereinigten Staaten wirft die doppelte Tatsache ein Streiflicht, daß im Staate Georgia der Sohn des verstorbenen, als Rassenhetzer und Vollblutreaktionär berüchtigten Eugen Talmadge, der junge Herman Talmadge, den Gouverneursposten mit Methoden erobert hat, die sein Vorgänger, der liberale Ellis Arnall, als „faschistisch“ bezeichnete, und daß die beiden parlamentarischen Kammern des gleichen Staates die Neger von den sogenannten Vorwahlen der Demokratischen Partei, der einzigen Partei in den Südstaaten, und damit tatsächlich auch von den Hauptwahlen ausgeschlossen hat. Ich habe nie begriffen, warum die polnische, die rumänische oder die bulgarische Regierung dem amerikanischen Außenminister nie telegraphiert hat, die Vereinigten Staaten möchten gefälligst zuerst einmal für freie Wahlen im eigenen Land, besonders in den Einparteienstaaten des Südens, sorgen, bevor sie entrüstete Protestnoten gegen die Verletzung der demokratischen Spielregeln nach Warschau, Bukarest oder Sofia schickten.

Deutschland zwischen Ost und West

Kehren wir nochmals nach Europa zurück, das ja allerdings den Völkern der anderen Kontinente nur noch als bössartiger Blinddarm erscheinen kann, dessen Daseinsberechtigung eine immer zweifelhaftere Sache wird. Wenn auch nur im Vorbeigehen, so verdient doch auch hier ein Ereignis festgehalten zu werden, das unter anderen Umständen geradezu Weltbedeutung gehabt hätte: die förmliche *Auflösung des preussischen Staates*. Was für eine heilsame Entwicklung könnte von der geschichtlich denkwürdigen Feststellung des alliierten Kontrollrates ausgehen: „Der preussische Staat hat mit seiner Zentralregierung und allen seinen Aemtern aufgehört zu existieren“, wenn das Verschwinden des hohenzollernschen Raubgebildes, das schließlich ganz Deutschland und dazu noch Oesterreich annektiert hatte, zur Schaffung eines föderalistisch gegliederten, von unten her demokratisch arbeitenden, in einer sozialistischen Wirtschaft sicher verankerten neuen Deutschlands benützt würde! Statt dessen ist Deutschland zum bloßen Spielball der Machtinteressen der drei oder vier Reiche herabgesunken, die heute europäische Politik machen, zererschlagen, amputiert und übervölkert, ohne Eigenleben, ohne Wirtschaftsgrundlage, ohne Hoffnung, nur mit Erbitterung und Haß im Herzen, jeden Tag bereit, dem nächstbesten Hitler in die Arme zu fallen, wenn er ihm nur die endliche Erfüllung seines zweimal grausam zerstörten Wunschtraumes verheissen dürfte. Und diese deutsche Volksstimmung, deren radikalste Ausdrucksformen die Alliierten nur mit Mühe zurückdrängen können, erzeugt wiederum auf alliierter Seite neues Mißtrauen, neuen Druck, neue Verhärtung — ein ewiger Fehlerkreis. „Viele französische, holländische und belgische Sozialisten“, so schreibt der Londoner „Socialist Commentary“, „sind auf Grund ihrer internationalen Ueberzeugungen gegen eine Politik der Annexion und Beraubung. Aber sie ärgern sich, daß den Grenzfragen von den Deutschen eine so überragende Bedeutung beigemessen wird; sie ärgern sich über die Ausbrüche von Selbstmitleid und über die laute Anrufung der humanitären Gefühle der Welt durch viele, die keinerlei Gesinnungswandel an den Tag gelegt haben.“

So müssen eben beide Teile mithelfen, daß Europa über diese *falsche* Behandlung der deutschen Frage hinauskommt: die Deutschen wenigstens durch den *Beginn* einer Umkehr von dem Katastrophenweg, den sie unter der Führung preussischen Geistes (auch wenn sich dieser Geist etwa in einem Oesterreicher verkörperte) ein paar Jahrhunderte lang gegangen sind; die Alliierten durch großzügige Wirtschaftshilfe und durch Eingliederung Deutschlands in ein demokratisch-sozialistisches Europa, als dessen Bestandteil es normalerweise nie wieder eine Gefahr für den Frieden und die Freiheit werden könnte. Aber ist es nicht Schwärmerei und Utopie, beim heutigen Zustande der Welt an so etwas auch nur zu denken? Meinetwegen; aber wenn es jetzt in

Moskau nicht ein paar unbelehrbare „Schwärmer“ und „Utopisten“ gibt, die den hartgefotenen „Wirklichkeitsmenschen“ wenigstens eine Ahnung von ihrer Aufgabe beizubringen vermögen, dann sollen die tausend Damen und Herren, die sich an und neben der Konferenz herumtreiben, nur gleich wieder ihre Koffer packen — je eher, je besser!

Zur Haltung Russlands Nun ist ja allerdings die land- und weltläufige Meinung die, daß all die so hoffnungslos verwickelten Probleme des internationalen Gemeinschaftslebens ohne sonderliche Mühe zu lösen wären, wenn nur die Sowjetunion nicht systematisch Obstruktion triebe und den guten Willen der anderen unwirksam machte. Das ist insbesondere auch der Standpunkt der amerikanischen Regierung; Unterstaatssekretär Acheson, von Außenminister Marshall völlig gedeckt, wandte sich erst letztthin wieder gegen die „expansionistische und aggressive“ Außenpolitik Rußlands, die alle Friedensbemühungen der Westalliierten zunichte mache.

Ich brauche nicht mehr zu sagen, daß ich diese Auffassung als den Tatsachen durchaus zuwiderlaufend ansehe, und ich freue mich darum, daß auch in der Schweiz, langsam zwar, eine gerechtere Beurteilung der Außenpolitik der Sowjetunion Platz zu greifen scheint. Ein Zeichen dafür ist ein in den „Schweizer Annalen“ (Februar 1947) veröffentlichter Aufsatz von Richard V. Burkes, dem der Herausgeber, Dr. E. von Schenck, in allem Wesentlichen zustimmen zu können erklärt. Der Aufsatz, dessen Lektüre ich jedem nach *Sachlichkeit* strebenden Leser empfehlen möchte, kommt zu dem Schluß, daß „der Grundzug der russischen Außenpolitik das Bewußtsein militärischer Verwundbarkeit, kombiniert mit Furcht vor einer feindlichen Welt, ist“; „das Hauptziel der Sowjetpolitik ist also nicht die Weltherrschaft des Kommunismus, sondern die Errichtung eines eurasischen kontinentalen Kräfteblocks, um der maritimen anglo-amerikanischen Kombination, die jedenfalls ein mehrfach größeres militärisches Potential besitzt als die USSR., nach Möglichkeit ein ausichtsreiches Gegengewicht entgegenzustellen“. Die Behauptung, Rußlands Außenpolitik sei expansionistisch und aggressiv, müsse darum „als ernsthafte Deutung der russischen Außenpolitik abgelehnt werden“. Sie sei nichts als ein Manöver, dessen Bedeutung vor allem innenpolitisch sei, das aber den Weg zu einer fruchtbaren und konstruktiven Auseinandersetzung ver Sperre. „Die Pax-sovietica-Theorie (also die Lehre, daß die Sowjetunion der Welt *ihren* Frieden, und damit meint man einen kommunistisch-imperialistischen Gewaltfrieden aufzwingen wolle. H. K.) könnte auf lange Sicht sehr wohl zum Entstehen eines dritten Weltkonfliktes beitragen — eine überaus schwere Verantwortung für deren Verfechter.“

Um so bedauerlicher ist es, wenn auch in unseren eigenen Reihen ein derart schiefes Urteil über Rußlands Außenpolitik gefällt wird,

wie dies in zwei Artikeln geschieht, die Herr J. Tschärner im „Aufbau“ veröffentlicht. Ich würde diese Artikel hier überhaupt nicht erwähnen, hätte nicht ihr Verfasser den Versuch gemacht, *Leonhard Ragaz* gegen mich auszuspielen. Das muß entschieden zurückgewiesen werden. Herr Tschärner gräbt nämlich eine Aeußerung wieder aus, die Leonhard Ragaz im Jahre ... 1921 getan hat, und in der sich der damalige Redaktor der „Neuen Wege“ scharf gegen den „sozialistischen Imperialismus“ der Sowjetunion wendet. Er verschweigt aber wohlweislich, daß Professor Ragaz seine Ansicht in diesem Punkte später völlig *geändert* hat. Das geht — um nur eine einzige Aeußerung dieser Art, und zwar eine solche aus Leonhard Ragazens Todesjahr, anzuführen — mit absoluter Klarheit beispielsweise aus der träfen Antwort hervor, die er im Aprilheft 1945 Herrn H. Köchlin auf dessen Kritik an seiner Haltung gegenüber Rußland (und Deutschland) erteilt hat. Leonhard Ragaz weist darin „alte und neue Lügen und Verleumdungen“ zurück, die im Kampfe gegen Rußland aufgetischt würden, und stellt fest, „daß das Wesen und Wirken der Sowjetunion auf die ungeheuerlichste Weise verkannt und verleumdet worden ist“. Die *Wahrheit* öffne sich „nur dem *Verstehen*, nicht dem schnelfertigen Aburteilen der Voreingenommenheit und Selbstgerechtigkeit“. „Und das ist“, so fährt er fort, „meine Einstellung zu Rußland. Auch ich selbst habe darin gefehlt aber nicht im Sinne Ihrer Anklage, sondern im genau entgegengesetzten Sinn. Ich habe gelernt, und habe dabei ein gutes Gewissen vor Gott und den Menschen — habe auch mit meiner Beurteilung des russischen Verhaltens in den letzten Zeiten recht bekommen.“

Professor Ragaz lehnt insbesondere die Behauptung vom russischen Imperialismus und die zum eisernen Bestand aller Rußlandhetze gehörende Gleichsetzung des Kommunismus mit dem Nazismus scharf ab. „Es ist“, so sagt er, „ein gewaltiger Unterschied, ob ein Volk im Namen seiner Herren- und Herrschaftsberufung die Welt für sich beansprucht, also grundsätzlich erobernd auftritt und angreift, oder ob ein Volk nach unfählich schwerer Erfahrung mißtrauisch geworden ist, und die Idee, welche es verkörpert, vor neuen Angriffen zu schützen versucht.“ Darum erklärt er auch die beliebte Rede, Rußlands Außenpolitik „könne kein Vertrauen erwecken, wenn man seine Innenpolitik bedenke“, als „willkürliche Konstruktion“ und meint, man könne eher den Stiel umkehren und erklären, daß eine so treffliche Außenpolitik wie die russische „nur auf eine völlig anders, als Sie annehmen, orientierte *Innenpolitik* schließen lasse“.

Das war die Auffassung Leonhard Ragazens, so wie er sie in seinen späteren Jahren vertrat. Man mag sich dazu stellen, wie man will; aber *wenn* man schon die Autorität Ragazens anrufen will, so darf man nicht bloß frühere Aeußerungen von ihm über Rußland herausfuchen und sie polemisch verwenden, sondern muß auch seine späteren

Ueberzeugungen gelten lassen, ja, man muß sich, allgemeinem und fehr berechtigtem Brauch entsprechend, vor allem an diejenigen Aeufferungen halten, die er selbst als *endgültig* aufgefaßt wissen wollte.

Der Schreibende ist, in aller Freiheit, mit Bezug auf die Beurteilung Rußlands ungefähr den gleichen Weg gegangen wie Leonhard Ragaz und hat im Gespräch mit ihm stets wieder die grundsätzliche Uebereinstimmung seiner Erkenntnisse mit denjenigen des verehrten Meisters feststellen können — nicht bloß in der Rußlandfrage, sondern auch in den übrigen Grundfragen des Weltgeschehens und der schweizerischen Entwicklung. Solange er noch in den „Neuen Wegen“ zu den Zeitereignissen Stellung zu nehmen hat, wird er es im gleichen Geiste tun, aus dem er bisher geschrieben hat — nicht in „leichtfertiger“ Verkennung der Einwände, die etwa dagegen erhoben werden können (wie von bestimmter Seite behauptet wird), sondern nach gewissenhafter Prüfung des Tatbestandes, dann aber mit derjenigen Offenheit und Festigkeit, die er der Sache, um die es geht, schuldig ist.

18. März 1947.

Hugo Kramer.

Voranzeige

Die an der Jahresversammlung der „Freunde der Neuen Wege“ und der religiös-sozialen Vereinigung beschlossene Aussprache über das Rußlandproblem findet Sonntag, 11. Mai 1947, in Zürich, im Volkshaus, Helvetiaplatz, statt mit einem Referat von Pfarrer Paul Trautvetter und einem Korreferat von Dr. Hugo Kramer. Nähere Angaben folgen in der Aprilnummer.

Erklärung

Dr. Hendrik de Man, der zufällig die Oktobernummer des letzten Jahrgangs der „Neuen Wege“ in die Hand bekam, protestierte gegen eine Aeufferung in meinem Bericht über die Konferenz des Internationalen Bundes der religiösen Sozialisten im Schloß Hünigen, in welchem ich von den „wohl bewußt falschen Versicherungen“ sprach, mit denen Hendrik de Man einen Teil der belgischen Genossen dazu brachte, mit den Deutschen zu kollaborieren. Unser Angebot, in den „Neuen Wegen“ eine Entgegnung von Dr. de Man zu bringen, konnte er nicht annehmen, da Aeufferungen dieser Art gegen die ihm durch seine Lage als politischer Flüchtling auferlegte Zurückhaltung verstießen. In einer persönlichen Aussprache bat er mich, diese Stelle meines Berichtes zurückzunehmen, da ich damit die Grenze zwischen politischer Auseinandersetzung und ehrenrühriger persönlicher Anschuldigung überschrit-